
FORUM: Programmdiskussion

Wolfgang Uellenberg-van Dawen: Stärkt den DGB - nicht nur auf dem Papier!*

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen, geb. 1950 in Düsseldorf, Studium der Geschichte und Philosophie in Köln, ist Leiter des Sekretariats Vorsitzender beim DGB-Bundesvorstand.

Weil sich die Autorinnen und Autoren der Berliner Streitschrift zur Reform des DGB nicht mit einer Entwicklung abfinden wollen, in der „die Funktionsfähigkeit des DGB (...) durch seine Mitgliedsgewerkschaften immer weiter unterminiert wird“ (alle *Zitate* aus dem Beitrag in GMH 4/96), in der „führende Repräsentanten (...) sich auf die klaglose Durchführung von Sparzwängen“ reduzieren und der DGB „durch das Abnicken von Regierungsparolen“ auffällt, muß ihr engagiertes Plädoyer für einen starken und handlungsfähigen DGB beantwortet werden. Nichts wäre schädlicher für den Fortgang der Programmdebatte im DGB wie für seine Reform, wenn aus den Etagen der Vorstandsverwaltung des DGB solche Kritik nur mit Schweigen beantwortet würde und die Dinge ihren Lauf nähmen.

Vorgeworfen werden muß der Berliner Streitschrift ein nur sehr eingeschränktes, undifferenziertes und in weiten Teilen schlicht oberflächliches Bild des DGB. Es mag mir vielleicht einiges entgangen sein, aber ich habe weder vom DGB noch einer seiner Gewerkschaften jemals gehört, daß er oder sie sich die Parolen vom Freizeitpark Deutschland, von den Arbeitnehmern mit den kürzesten Arbeitszeiten, dem längsten Urlaub, den jüngsten Rentnern und den ältesten Studenten zu eigen gemacht hätten. Auch habe ich allen Verfälschungen in „Bild am Sonntag“ und aller Schelte in der „Frankfurter Rundschau“ zum Trotz noch nie einen verantwortlichen Repräsentanten des DGB oder der Gewerkschaften nach einer Änderung des Lohnfortzahlungsgesetzes, des Kündigungsschutzes, einem Abbau sozialer Leistungen usw. rufen hören. Der Vorwurf, der DGB würde nur Regierungsparolen abnicken, ist ebenso absurd wie falsch. Im Gegenteil: Seit Jahren führt der DGB mit Analysen, Argumenten und Vorschlägen einen Kampf um die Köpfe in dieser Republik gegen die überbordende Standortdebatte, die in weiten Teilen nichts anderes ist als ein Erpressungsmanöver führender Repräsentanten der Wirtschaft und ihrer politischen und journalistischen Helfershelfer zum Abbau sozialer Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und zur Demontage des Sozialstaates.

Die Rolle des DGB im Rahmen des Bündnisses für Arbeit - dessen Intentionen von den Autorinnen und Autoren positiv bewertet werden - entsprach seiner Aufgabe: die gemeinsamen Interessen der Mitgliedsgewerkschaften im politischen Raum zu vertreten. Wer anders als die Bundesregierung - immerhin mit einem, wenn auch knappen Mandat der Wählerinnen und Wähler ausgestattet - und die Spitzenverbände der Wirtschaft wären denn für ein Bündnis für Arbeit auf nationaler Ebene ansprechbar gewesen? Daß ein solches Bündnis die verschiedenen Logiken zusammenführt, Unterschiede dennoch deutlich macht und Wege beschreibt, wie Massenarbeitslosigkeit überwunden werden kann, liegt auf der Hand. Das „Bündnis

* Eine Antwort auf die Streitschrift von Michael Fichter, Michaela Hammerbacher, Hauke Laue, Holger Lengfeld und Bodo Zeuner, in: GMH 4/96, S. 254 ff.

für Arbeit und Standortsicherung" vom 23. Januar 1996 enthielt daher auch Elemente der Standortlogik von Regierung und Arbeitgebern - aber eben auch zu einem großen Teil die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Leitlinien des DGB: Innovation, Investition, Qualifikation, Zeitsouveränität, Sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse usw. Daß sich Bundesregierung und Spitzenverbände der Arbeitgeber nach den Landtagswahlen im März 1996 in der Kanzlerrunde vom 23. April von diesem Bündnis verabschiedet haben, sagt sehr viel über die Klassenkampfmoralität im Arbeitgeberlager und in der Koalition, aber nichts über die Gradlinigkeit und Politikfähigkeit eines DGB-Konzeptes zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit.

Der Vorwurf an führende Repräsentanten der Gewerkschaften, sich nicht zur Reformdebatte zu äußern, erledigt sich allein durch einen Blick in die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ der letzten Jahre von selbst. Für alle Reformmodelle und Fusionsabsichten standen und stehen in öffentlicher Debatte die Vorsitzenden der Gewerkschaften mit namentlichen Beiträgen. Der Fusionsarchitekt Hermann Rappe hat ebenso wie Klaus Zwickel oder Detlef Hensche öffentlich für seine Vorstellungen geworben - Heinz Werner Meyer und Dieter Schulte haben ihre Vorstellungen und ihre Skepsis gegenüber Großfusionen deutlich angemeldet.

Daß die Kündigung von Betriebsräten im DGB-Landesbezirk NRW, welche Gründe auch immer zu diesem Konflikt geführt haben mögen, den DGB als Verlierer dastehen lassen, ist nur allzu verständlich. Die Reform des DGB auf dieses Ereignis zu reduzieren, geht allerdings völlig an der Sache vorbei. Ebenso oberflächlich gerät die Kritik am Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms. Die Autorinnen und Autoren haben es entweder nicht sorgfältig gelesen, oder sie haben um des kritischen Gestus ihrer Streitschrift willen auf eine differenzierte Analyse verzichtet.

Sprachlich mag der Entwurf wenig aufregend, in der Zusammenfassung programmatischer Grundsätze in einzelnen Bereichen zu wenig überzeugend sein, und die ein oder andere Kompromißformel findet sich nun einmal in einem Text, der von 20 Mitgliedern einer Programmkommission verfaßt und von 16 Vorsitzenden des DGB und der Gewerkschaften verabschiedet wird. Aber ihn nur als Aneinanderreihung von Versatzstücken abzutun oder auf das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft zu reduzieren, zeugt doch von einer großen Ferne zu gewerkschaftlichen Debatten und Positionen.

So entgeht den Kritikern, daß dieser Entwurf in allen seinen Kapiteln von jener Globalisierung spricht, die die Berliner Streitschrift etwas einseitig beschreibt. Denn Globalisierung beschränkt sich eben nicht nur auf das Handeln weltweiter Konzerne oder die Bewegungen auf internationalen Finanz- und Kapitalmärkten - Globalisierung meint viel umfassender die Globalisierung von Ökonomie, Ökologie und sozialer Frage. Gerade in diesem weitgespannten Sinne ist die sozialökologische Reformstrategie angelegt, die das Grundsatzprogramm skizziert. Ökologisches Umsteuern und ökologisch orientierte Reform unserer Industriegesellschaft - als Alternative zur Wettbewerbslogik des Kapitals - durch einen aktiv handelnden Sozialstaat, durch Mitbestimmung und neue Formen gesellschaftlicher Diskurse sind die Pfeiler eines Reformkonzeptes für eine soziale Marktwirtschaft, die Massenarbeitslosigkeit und den Raubbau an der Natur nicht verhindert. Denn, so lautet die Zuspitzung jener leider fast ausschließlich aus der Fülle der programmatischen Aussagen zitierten Erkenntnis, die soziale Marktwirtschaft bietet eben immer noch günstigere Handlungsmöglichkeiten für die Gewerkschaften als Kapitalismus pur oder gar der untergegangene Staatssozialismus seligen Angedenkens.

Daß Teile der Arbeitgeber, ob aus ideologischen Gründen oder unter dem Druck einer sich weltweit verschärfenden Konkurrenz, sich von jeglicher sozialer Dimension ihrer Entscheidungen verabschieden, daß nur noch die kurzfristigen Interessen der Kapitalbesitzer im Vordergrund stehen und Teile der Politik nur allzu willig dieser Logik folgen, darin besteht die eigentliche Frontstellung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen heute und in Zukunft. Diese werden im Programm exakt benannt. Nach dem Ende der Systemkonkurrenz, angesichts neuer Formen globaler Konkurrenz, vor dem Hintergrund weltweiter Wanderungsbewegungen ist die Bundesrepublik eben nicht mehr jene Insel der Seligen, in der Wachstum, Vollbeschäftigung und starke Gewerkschaften Wohlstand und Verteilungsgerechtigkeit sichern, wenn sie es in diesem euphorischen Sinne jemals war. Gerade darum ist es nicht falsch, sondern politisch nur konsequent, die traditionellen *Ziele* gewerkschaftlicher Reformpolitik in diese neue Situation hineinzuformulieren und um die ökologische Dimension zu erweitern.

Daß dabei an mehreren Stellen des Programms Wege zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit aufgezeigt werden, haben die Berliner Kritiker offensichtlich übersehen: weitere Arbeitszeitverkürzungen; Lebensphasen zwischen Arbeit, Bildung und Freizeit; Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer usw. - dafür bietet dieses Programm Orientierungen und Wege. Der Vorwurf, Gewerkschaften würden sich vor allem um die Interessen männlicher Facharbeiter kümmern, geht völlig am Text wie an der politischen Wirklichkeit vorbei. So zugespitzt wie in diesem Entwurf wurde in den Gewerkschaften noch nie die Gleichstellung von Frauen mit harten Quoten gefordert.

Zutreffend ist die Beobachtung der Berliner Wissenschaftler, daß dieser Text nicht vom sozialistisch-antikapitalistischen Geist durchdrungen ist. Aber nicht deshalb, weil auch die Gewerkschaften um das „goldene Kalb“ des neoliberalen Dogmas vom Ende der Belastbarkeit für Höherverdienende und Unternehmer herumtanzen. Im Gegenteil: Das Thema Verteilungsgerechtigkeit in einem sehr umfassenden Sinne durchzieht wie ein roter Faden den gesamten Entwurf. Zugespitzt wird gerade zur Finanzierung des Sozialstaates ein höherer Beitrag der Vermögens- und Kapitalbesitzer verlangt. Neoliberale Politik und Programmatik verlangt heute gerade das Gegenteil.

Aber einen Widerspruch kann auch ein kompromißhaft angelegtes Programm nicht durchhalten: den Widerspruch zwischen der Globalisierung der Geld-, Kapital- und Warenmärkte und einer blauäugigen Forderung nach Umverteilung eben jenes Kapitals, das sich weltweit unbegrenzt tummelt, allein in nationalem Rahmen. Insofern sind die - von den Berlinern weitgehend geringgeschätzten - Passagen zur Europäischen Union mit einheitlicher Währung und damit auch europaweit kontrollierbaren Finanzmärkten und den Vorschlägen zur Regulierung der internationalen Kapitalbewegungen die letztlich entscheidende Rahmenbedingung für künftige verteilungspolitische Konflikte, die bestanden werden müssen. Dies schließt keinesfalls Abgaben auf immobiles Kapitalvermögen und mehr Steuergerechtigkeit aus. Aber für frühsozialistische Sozialromantik ist in einer globalen Ökonomie kein Platz mehr.

Zugegeben sei auch: Der Begriff Gegenmacht und eine Gegenmachtrhetorik prägen diesen Entwurf nicht. Aber damit ist ein entsprechendes Verständnis gewerkschaftlicher Politik nicht „wegpräambelt“. Gewerkschaften waren und sind insofern Gegenmacht, als sie in der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Verwertungsinteressen des Kapitals agieren müssen.

Entscheidend für die Formulierung gewerkschaftlicher Politik sind die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - und diese waren und sind eben viel-

fältiger und differenzierter, als es ein schlichtes Verständnis von Gegenmacht ausdrücken könnte. Weder die ökologische noch die feministische Dimension gewerkschaftlicher Politik lassen sich unter den Gegensatz von Arbeit und Kapital subsumieren, noch die Widersprüche, die im Alltag gewerkschaftlicher Interessenvertretung immer neu bewältigt werden müssen.

Allein das Interesse am Erhalt des Arbeitsplatzes verweist Arbeitnehmer ganz konkret auf die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Hier bilden sich zumindest teilweise in der Praxis oft „klassenübergreifende“ Koalitionen. Und gerade weil Gewerkschaften nicht in Branchenkoalitionen untergehen können, andererseits das Interesse am Erhalt des Arbeitsplatzes heute von eminenter Bedeutung für ihre Mitglieder ist, entwickeln sie eigenständige Gestaltungsansprüche für den Betrieb, für das Unternehmen, für die Branche — Konzepte, die angesichts der zunehmenden Unfähigkeit von Managern, industriepolitisch sinnvolle Entscheidungen zu treffen, auch dringend notwendig sind.

Gewerkschaften wollen auch in Zukunft autonome Reformbewegungen bleiben, und angesichts der Komplexität der Herausforderung müssen sie noch mehr Gestaltungsanspruch anmelden, als dies früher der Fall war. Das Programm entwickelt, ausgehend vom Selbstverständnis gewerkschaftlicher Gegenmacht zu den Verwertungsinteressen der Produktionsmittelbesitzer und Kapitalanleger, ein neues übergreifendes Konzept von Gestaltungsmacht für die Arbeitswelt, die Ökonomie, den Sozialstaat und die Gesellschaft. Es versucht, den unterschiedlichen Herausforderungen und Problemlagen gerecht zu werden, und scheut vor allzu einfachen Lösungen zurück.

Dieses Programm soll realitätsbezogen bleiben, weil es realitätstüchtig sein will. Es kann und es soll nicht die Ansprüche und Hoffnungen aufnehmen, die von den Gewerkschaften mehr erwarten und verlangen, als es ihre Mitglieder, Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unterschiedlichster Weltanschauung, wollen. Im übrigen ist dies der traditionelle Ansatz gewerkschaftlicher Politik und Programmatik, und er stieß schon immer auf den Widerspruch parteipolitischer Kritik. Schon August Bebel warnte seine Partei vor den Gewerkschaftsführern als den „Reformern in der sozialdemokratischen Löwenhaut“, und wo findet man eine zugespitztere und leidenschaftlichere Kritik am gewerkschaftlichen Reformismus als bei Rosa Luxemburg. Gewerkschaften waren und bleiben Reformbewegungen, sie wollen nicht den Kapitalismus revolutionär überwinden. Dieser Traum mag in manchen Gazetten oder an gewerkschaftlichen Bildungsstätten verbreitet werden, und diese Absicht ist ein wichtiges und berechtigtes Motiv gewerkschaftlichen Engagements und gehört zur Einheitsgewerkschaft, aber es wäre völlig unseriös und weltfremd, Schritte ausgerechnet der DGB des Jahres 1996 im antikapitalistischen Gewand daher.

Ein realitätsbezogenes Bild der Gewerkschaften mit seinen Licht- und Schattenseiten hätte es der Berliner Streitschrift auch ermöglicht, der Frage nachzugehen, die sie eigentlich bewegt: dem Stellenwert von Solidarität und Synergie im Reformprozeß des DGB und seiner Gewerkschaften. Denn Solidarität - d. h. vor allem Aufhebung der Konkurrenz der Arbeitnehmer durch Schutz und Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen - ist der Grundsatz dieses in den Augen der Berliner „grundsatzlosen Programms“. Sicherlich: Der Präambel hätte eine Reflexion über die Veränderung des Verständnisses von Solidarität im Spannungsfeld von Gleichheit und Gerechtigkeit, von Freiheit und Selbstverwirklichung gut angestanden, um die Entwicklungslinien der „Sachkapitel“ zu verdeutlichen. Aber der Abschied von einer rein appellativen Beschwörung gemeinsamer Interessen und daraus urwüchsig erwachsender Solidarität wird dennoch deutlich. An ihre Stelle treten sehr konkrete Postulate und

Normen, wie ein sich immer weiter alisdifferenzierendes und an den Rändern zerbröckelndes Normalarbeitsverhältnis zukunftsfähig gemacht werden kann. Regulierte Optionen im Flächentarifvertrag, kollektiver Schutz für fast 4 Millionen Menschen in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen, soziale und tarifliche Mindestnormen für Teleheimarbeit und Scheinselbständige, mehr Schutz und Beteiligungsrechte auch im individuellen Arbeitsrecht — was könnte in Zukunft Konkurrenz wirksamer eingrenzen und Solidarität institutionell besser sichern? Dazu gehört auch ein umfassenderer, erweiterter Begriff von Beteiligung und Mitbestimmung. Beteiligungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sollen die Basis für ein erweitertes Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Unternehmen einschließlich der Mitbestimmung über das „Was und Wie“ der Produktion sein. Mitbestimmung soll auch nicht an den nationalen Grenzen haltmachen - ebensowenig wie die Tarifpolitik oder die Gewerkschaftspolitik in Europa. Auch insofern hätten die Berliner bei genauem Hinsehen Antworten auf ihre berechtigten Fragen nach der Zukunft von Solidarität und Beteiligung gefunden.

Bleibt die Frage nach der Gewerkschaftsreform in der Praxis und damit nach der Zukunft des DGB. Richtig ist, daß sich dazu im Entwurf des Bundesvorstandes keine Aussagen finden. Sie waren in Vorentwürfen enthalten, wurden jedoch herausgenommen, um vordergründige programmatische Gefechte vor hintergründigen harten Organisationsinteressen zu vermeiden. Statt dessen soll in Dresden eine eigene organisationspolitische Debatte stattfinden. Wieweit sie dann grundlegende Beschlüsse zur Folge hat, hängt vom Verlauf der Entscheidungen der Gewerkschaften bis zum Kongreß ab.

Die maßgebenden Weichenstellungen werden von den Berlinern zutreffend benannt: die Neuordnung der Gewerkschaftslandschaft angesichts des rasanten Strukturwandels in der Wirtschaft, angesichts von Aus- und Umgründungen der Unternehmen, von Konzernbildungen, die sich um die Organisationsgrenzen von Gewerkschaften nicht scheren. Hier suchen die Gewerkschaften schon seit einigen Jahren Wege - und wie so oft in der gewerkschaftlichen Politik entspringt nicht alles am grünen Tisch oder im Denklabor der Sozialwissenschaften, sondern in der Praxis.

Ein nur flüchtiger Blick auf die Konzernbildung im Bereich der Gewerkschaften Bergbau und Chemie - Veba und Steag, VEW und RWE - der Verknüpfung von Rohstoffgewinnung und -Verarbeitung, von Energieerzeugung und neuen Feldern bis hin zur Telekommunikation zeigt, daß dieses auf den ersten Blick wenig einsichtige Fusionskonzept industriepolitisch durchaus Sinn machen kann. Und was die Überschneidung des Geltungsbereiches von Tarifverträgen angeht, so wird das Prinzip „ein Betrieb - eine Gewerkschaft“ als Leitbild erhalten bleiben, es muß jedoch flexibel auf neue Entwicklungen reagieren. In Konzernen und Unternehmen ist dies in der Praxis schon lange der Fall. Daraus den Untergang bewährter Organisationsprinzipien zu prophezeien, ist übertrieben.

Die Gewerkschaften suchen neue Formen der Kooperation, und es bilden sich auch Fusionen. Der DGB moderiert und koordiniert diesen Prozeß, indem er die Diskussion zwischen den Gewerkschaften über die strukturellen Veränderungen der Wirtschaft und die notwendigen organisationspolitischen Konsequenzen fördert. Konkrete Verabredungen treffen die Gewerkschaften untereinander, und dies war auch in der Geschichte nie anders. Mit Ausnahme des FDGB der DDR, dessen Selbstverständnis als Transmissionsriemen der SED und dessen vornehmlich kultur- und sozialpolitische Stellung im System der Planwirtschaft ihm ganz andere Aufgaben zwies als unabhängigen und freien Gewerkschaften in einer kapitalistischen Marktwirtschaft, kennt

die Gewerkschaftsgeschichte in Deutschland keine starken und zentralistischen Dachverbände. Gewerkschaften wurden als Berufsverbände und später Branchengewerkschaften gegründet. Dachverbände entstanden entweder zur Zusammenfassung der Gewerkschaften unter weltanschaulich-parteilpolitischen Aspekten oder zur Organisierung branchenübergreifender Solidarität.

Weder die 1890 gebildete Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands noch der 1919 gegründete ADGB waren organisationspolitisch starke Zentralen. Das Konzept einer zentralistischen Einheitsgewerkschaft mit halbautonomen Branchengewerkschaften, wie es Hans Böckler plante, scheiterte nach 1945 nicht nur an andersgearteten Organisationsvorstellungen der Alliierten, sondern auch an der Tradition der neugegründeten Gewerkschaften. Sie verhinderten bereits 1948/49, daß aus dem DGB ein schlagkräftiger Dachverband wurde. Die wachsende Bedeutung der Tarifpolitik in den fünfziger Jahren hat ein übriges dazu getan, um die Gewerkschaften im Bewußtsein der Mitglieder und Funktionäre gegenüber dem DGB zu stärken. Insofern ist der DGB in den letzten Jahren nicht so schwächer geworden, wie die Berliner mit vielen anderen Wissenschaftlern vermuten - auch wenn solche Vermutungen in der Regel dazu führen, daß die Frankfurter Rundschau ihnen Raum auf der Dokumentationsseite einräumt.

V.

Die Bedeutung des DGB für Gewerkschaften wie Gesellschaft war immer dann hoch, wenn es ihm gelang, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft anzustoßen, das Handeln der Gewerkschaften in sozialen Auseinandersetzungen zu bündeln. Phasen gesellschaftlicher Reformen wie zur Zeit der großen Koalition und der sozialliberalen Koalition waren auch Zeiten, in denen der DGB großen Einfluß ausüben konnte. Dies gilt auch für die Auseinandersetzungen um den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz, während andererseits der Untergang der Gemeinwirtschaft dem DGB angelastet wurde und sein Ansehen geschwächt hat. Und obwohl der DGB seit 1990 für tot erklärt wird, hat er seitdem mit gesellschaftspolitischen Initiativen Anstöße gegeben. Die soziale Gestaltung der Einheit, die Initiativen „Teilen verbindet“ und „Frau geht vor“, eine neue Arbeitszeitpolitik, aber auch die in einigen Gewerkschaften kritisierten Kanzlerrunden haben den DGB in den Mittelpunkt öffentlicher Kontroversen gestellt. Daß gerade aus den Gewerkschaften sich dann gegen solche Initiativen Widerstand formiert, spricht eher für die Bereitschaft des DGB, über den Tellerrand hinauszudenken und gesellschaftspolitische Verantwortung wahrzunehmen.

Dies wird sich auch dann nicht ändern, wenn sich fünf oder acht oder vielleicht zehn Großgewerkschaften bilden, denn sie werden sich gerade um der Vielfalt der Branchen willen, die sie zu betreuen haben, in ihrer Politik weiter ausdifferenzieren müssen - die allgemeinen Grundsätze und branchenübergreifenden Interessen wird dann noch mehr der DGB formulieren und politisch umsetzen. Aus wohlwogener Eigeninteressen werden die Gewerkschaften ihm dies nicht verwehren - weder haben sie die notwendige Kompetenz noch können sie mit der ebenso erforderlichen Legitimation für alle sprechen. Gegenüber Öffentlichkeit und Politik sind die Gewerkschaften nur so stark, wie es der DGB ist. Das hat selbst die sonst sehr auf ihre Eigenständigkeit bedachte IG Metall erkannt.

Der „Gewerkschaftswelt“ mangelt es an Transparenz. Oft wird zu sehr verkündet und zu wenig diskutiert. Wird diskutiert, wie seit 1993 über ein neues Grundsatzzprogramm, so wird dies zu wenig wahrgenommen, weil man es beim DGB eben nicht gewohnt ist. Wird dann das „gewohnte“ Antragsberatungsverfahren begonnen, scheint dies undemokratisch zu sein. (Obwohl Resolutionen mit Grundsatz-

programm-Charakter zu den IG-Metall-Gewerkschaftstagen in noch kürzerer Zeit in den Verwaltungsstellen diskutiert werden müssen.)

Der Dresdener Programmkongreß findet statt, nicht weil er angekündigt worden ist, sondern weil es an der Zeit ist, die Debatten um die Reform des DGB auf Entscheidungen zuzuspitzen. Es bedarf einer Neuorientierung - darin bin ich mit den Autorinnen und Autoren der Berliner Streitschrift einig. Eine solche Neuorientierung muß auch festgehalten werden. Dabei werden alte Hüte einer Gewerkschaftsprogrammatik, die noch den Nationalstaat als Handlungsraum und die Systemalternative als Folie hatten, kaum bestehen können. Aber darin darf sich das Programm auf keinen Fall erschöpfen. Insofern ist die alleinige Zuspitzung der programmatischen Kontroverse auf die marktwirtschaftlichen Passagen wenig hilfreich. Viel entscheidender sind die Orientierungen der Gewerkschaften in einer Welt der Globalisierung, angesichts einer Gesellschaft, in der ökonomisches Kalkül alle Lebensbereiche durchdringt, in der Entsolidarisierung und Konkurrenz zur Tagesordnung gehören.

Menschenwürde, Menschenrechte und Solidarität zum Durchbruch zu verhelfen, bleibt Aufgabe der Gewerkschaften. Darm ist der Berliner Streitschrift unbedingt zuzustimmen. Aber ihre Verfasser sollten dem DGB und den Gewerkschaften zubilligen, daß sie aus der Wirklichkeit ihrer Organisation und aus ihrer Praxis heraus um diese Orientierungen ringen und diese Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen. Dies ist Voraussetzung eines kritischen Dialogs, nicht aber die abstrakte Suche nach einer Bewegung für Menschenrechte und Solidarität, die in der komplizierten Realität der heutigen Arbeits- und Gewerkschaftswelt nur enttäuscht werden kann.